

zurück

# Göschel: Ehrenamt kein „Lückenbüßer“

Veranstaltung des Baden-Badener Forums Zukunft

Von Werner Frasch

**Baden-Baden – Die gestiegene Lebenserwartung stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Baden-Badener Forums Zukunft.**

Der vielbeschworene demografische Wandel wird sich nach Auffassung von Kommunalpolitikern an der Oos nicht so gravierend auswirken wie vielfach befürchtet. Dieses Resümee wurde bei der Auftaktveranstaltung des Forums Zukunft im Oktober gezogen (wir berichteten).

Die sich seit langem abzeichnende längere Lebenserwartung wird jedoch auch hier neue Fragen aufwerfen, für die es bis jetzt nur ansatzweise Lösungsvorstellungen gibt. Das



**A. Göschel.**  
Foto: Frasch

machte der Vortrag von Albrecht Göschel am Mittwochabend im Kulturhaus LA8 deutlich. Eingeladen hatte wiederum das Forum Zukunft.

Der Referent Albrecht Göschel, Stadtplaner, Kultur- und Sozialwissenschaftler, geht davon aus, dass mit der längeren Lebenserwartung ein „Gewinn an Lebenszeit“ verbunden sei, der ein gesellschaftlich „sinnvoll nutzbares Potenzial“ mit sich bringe. Der heutige „Megatrend“ unterstelle unverändert eine Zunahme der

durchschnittlichen Lebenserwartung, die allein von 1950 bis heute um knapp 14 Jahre gestiegen sei.

Nicht ausgemacht sei allerdings, ob sich diese Entwicklung fortsetzt. Göschel ist daher skeptisch hinsichtlich langfristiger Planungen, die bis in die 1980er Jahre meist sehr technokratisch ausgelegt gewesen seien. „Die Entwicklung ist nicht linear, sondern geht verschlungene Wege“, ist die Erkenntnis des Wissenschaftlers, der zahlreiche Stadtentwicklungsprojekte untersucht hat.

Der dritte Lebensabschnitt in der Wohnung ab und kaum jemand wolle in fortgeschrittenem Alter seine vertraute Umgebung verlassen. Die weit verbreitete Wohnbebauung mit

Einfamilienhäusern sieht Göschel als „Hindernis für soziale Kontakte“, eine gesicherte Nahversorgung und nachbarschaftliche Hilfe, die häufig durch Streitigkeiten geprägt sei. „Diese Wohnsituation funktioniert nicht mehr im Alter“, so seine Einschätzung.

Für notwendig hält er eigene Aktivitäten in einer Zivilgesellschaft, die von Solidarität und „Kooperation auf Augenhöhe“ geprägt sei. Die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und ehrenamtlich Tätigen werde häufig von zu viel Bürokratie bestimmt. Nur durch eine gleichberechtigte Partnerschaft werde das Ehrenamt nicht zum „Lückenbüßer“ degradiert. Die Kommune sei hier als „Beratungs- und Kommunikationsagent“ gefordert.